

## Sommersession 2019

### Gesundheitspolitische Standpunkte und Empfehlungen der FMH

#### Geschäfte im Ständerat – [ab Seite 2](#)

- **18.047 | Geschäft des Bundesrats:** KVG. Zulassung von Leistungserbringern  
**Behandlung:** 3. Juni 2019  
**Empfehlung:** **Annahme gemäss Antrag der SGK-SR (Art. 37: Mehrheitsantrag)**
- **19.3419 | Motion SGK-SR:** Obligatorische Krankenpflegeversicherung. Berücksichtigung der Mengenausweitung bei Tarifverhandlungen  
**Behandlung:** 20. Juni 2019
- **17.401 | Pa.Iv. SGK-NR:** Tarifpflege und Entwicklung  
**Behandlung:** 20. Juni 2019  
**Empfehlung:** **Ablehnung**

## 18.047 «KVG. Zulassung von Leistungserbringern»

Betrifft folgendes Geschäft: 18.047

In der Session: 3. Juni 2019

Die FMH und der VSAO begrüßen die klaren Entscheide der SGK-SR vom 16. Mai 2019, namentlich zu Art. 55a, Abs. 1 (Kann-Formel zu Höchstzahlen), Abs. 6 (Kann-Formel zur Kostensteigerung) und Abs. 7 (Beschwerderecht) sowie zu Art. 55a, Abs. 1bis (Lockerung Vertragszwang). Dies gilt insbesondere auch für den Entscheid der Kommission betreffend Art. 37 zur erforderlichen Sprachkompetenz. Wir empfehlen dem Ständerat, den Mehrheitsantrag anzunehmen.

**Empfehlung: Annahme gemäss Antrag der SGK-SR (Art. 37: Mehrheitsantrag)**

### Begründung:

Da zu Art. 37 ein Minderheitsantrag vorliegt, unterbreiten die FMH und der VSAO dem Ständerat eine Abstimmungsempfehlung spezifisch zum diesem Punkt. Es ist wichtig, dass der Gesetzgeber die geforderte «notwendige Sprachkompetenz» konkretisiert.

Die Sprachanforderungen für die Zulassung in der Schweiz sollen gemäss Antrag der Kommissionsmehrheit verschärft werden: Ärztinnen und Ärzte müssen die in ihrer Tätigkeitsregion erforderliche Sprachkompetenz in einer in der Schweiz abgelegten Sprachprüfung nachweisen. Die Nachweispflicht muss vor Antritt der ärztlichen Berufstätigkeit erbracht werden. Sie entfällt aber für Ärztinnen und Ärzte, die über eine Schweizer Maturität verfügen oder das Staatsexamen in der Amtssprache der Tätigkeitsregion absolviert haben. Mit den verschärften Sprachanforderungen kann im Berufsalltag sichergestellt werden, dass sich der Arzt im Team mit Gesundheitsfachpersonen und Arbeitskollegen und mit Patientinnen und Patienten differenziert und fließend verständigen kann.

Eine hohe Sprachkompetenz und deren Prüfung ist für die Schweiz wichtig. Dies machen die diesbezüglichen Unterschiede zwischen der Schweiz und Deutschland deutlich. In Deutschland müssen nicht deutschsprachige Ärztinnen und Ärzte an einer Fachsprachenprüfung den Nachweis erbringen, dass sie über die erforderliche Sprachkompetenz für eine qualitativ hochstehende Berufsausübung verfügen. Wer diese Sprachprüfung nicht besteht, darf heute in der Schweiz arbeiten. Dies trotz Sprachkenntnissen, die offensichtlich nicht für eine qualitativ hochstehende Berufsausübung genügen.

Ihr Ansprechpartner:

bei der FMH:

Bruno Henggi, Verantwortlicher Public Affairs  
[bruno.henggi@fmh.ch](mailto:bruno.henggi@fmh.ch)

beim VSAO:

Marcel Marti, Leiter Politik und Kommunikation  
[marti@vsao.ch](mailto:marti@vsao.ch)

### **19.3419 Motion (SGK-SR) «Obligatorische Krankenpflegeversicherung. Berücksichtigung der Mengenausweitung bei Tarifverhandlungen»**

Betrifft folgendes Geschäft: 19.3419

In der Session: 20. Juni 2019

Für die FMH ist wichtig, dass das Versicherungsprinzip stets beachtet wird. Es sollen keine Massnahmen ausgehandelt werden müssen, welche die Leistungen für die Patientinnen und Patienten beschränken würden. Wenn neue Leistungen hinzukommen oder wenn der Bedarf an Leistungen z.B. als Folge der demographischen Entwicklung zunimmt, sollen die vorgesehenen Regeln dies nicht ausschliessen.

### **17.401 Pa.Iv. (SGK-NR) «Tarifpflege und Entwicklung»**

***Empfehlung: Ablehnung***

Betrifft folgendes Geschäft: 17.401

In der Session: 20. Juni 2019

Das Anliegen der Parlamentarischen Initiative, dass die Tarifpartner auch im ambulanten Bereich eine Organisation einsetzen, welche den ambulanten Tarif stetig weiterentwickelt, ist bereits im Kostendämpfungspaket 1 des Bundesrats aufgenommen. Aus diesem Grund braucht es diesen Vorstoss nicht mehr.

Die FMH hat sich bereits in der Vernehmlassung zum Kostendämpfungspaket 1 im Grundsatz positiv zu einer solchen Tariforganisation geäußert, sofern die Organisations- und Tarifautonomie der Tarifpartner gewahrt bleibt.